

Schriften zum Öffentlichen Recht

Band 1306

Regionalplanung im Bundesstaat

Die Rechtsstellung der Träger der Regionalplanung
seit der Föderalismusreform I und
dem Raumordnungsgesetz 2009
unter besonderer Berücksichtigung
Baden-Württembergs

Von

Matthias Hangst



Duncker & Humblot · Berlin

MATTHIAS HANGST

Regionalplanung im Bundesstaat

Schriften zum Öffentlichen Recht

Band 1306

Regionalplanung im Bundesstaat

Die Rechtsstellung der Träger der Regionalplanung
seit der Föderalismusreform I und
dem Raumordnungsgesetz 2009
unter besonderer Berücksichtigung
Baden-Württembergs

Von

Matthias Hangst



Duncker & Humblot · Berlin

Der Fachbereich Rechtswissenschaft
der Universität Konstanz
hat diese Arbeit im Jahr 2015
als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten
© 2015 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Fremddatenübernahme: Textforma(r)t Daniela Weiland, Göttingen
Druck: CPI buchbücher.de, Birkach
Printed in Germany

ISSN 0582-0200
ISBN 978-3-428-14703-8 (Print)
ISBN 978-3-428-54703-6 (E-Book)
ISBN 978-3-428-84703-7 (Print & E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☼

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde vom Fachbereich Rechtswissenschaft der Universität Konstanz im Wintersemester 2014/2015 als Dissertation angenommen. Sie befindet sich auf dem Stand vom Frühjahr 2014; spätere Entwicklungen konnten nur noch vereinzelt berücksichtigt werden. Das Rigorosum fand am 3. Februar 2015 statt.

Ich habe allen Grund, den vielen Menschen zu danken, die mich auf dem langen, mühsamen Weg zum Dr. jur. begleitet und unterstützt haben. Es ist mir eine besondere Freude, wenigstens einige von ihnen erwähnen zu können:

Mein besonderer Dank gilt meinem Doktorvater Prof. Dr. Dr. h. c. Martin Ibler: Er hat mich schon als Student und studentische Hilfskraft an seinem Lehrstuhl für Öffentliches Recht mit Schwerpunkt Verwaltungsrecht an der Universität Konstanz vielfältig gefordert und gefördert. In der Zeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter hat er mir ermöglicht, diese Arbeit – neben den herausfordernden Aufgaben am Lehrstuhl – in völliger wissenschaftlicher Freiheit zu erstellen. Dank seiner Verbesserungsvorschläge zum Erstentwurf ist es gelungen, die Arbeit abzurunden. Die lehrreichen, schönen Jahre an seinem Lehrstuhl haben mich nicht nur fachlich, sondern auch persönlich nachhaltig geprägt.

Für die gute Zusammenarbeit sei meinen früheren und jetzigen Kolleginnen und Kollegen am Lehrstuhl und am Fachbereich Rechtswissenschaft gedankt. Dankbar denke ich auch an die vielen Jahre als Teilnehmer bzw. Leiter des öffentlich-rechtlichen Examenskandidaten- und Doktorandenkolloquiums von Prof. Dr. Dr. h. c. Martin Ibler und Prof. Dr. Hartmut Maurer zurück.

Prof. Dr. Jörg Ennuschat (Ruhr-Universität Bochum) danke ich, dass er aus alter Konstanzer Verbundenheit das Zweitgutachten zügig erstellt hat.

Als freundschaftliche Diskussionspartner bzw. zuverlässige Korrekturleser sind mir insbesondere Mario Hilzinger, Dr. Matthias Pavel und Christian Pieronczyk eine wertvolle Hilfe gewesen.

Ein herzlicher Dank geht an meine Freundin Annika Groß. Ohne ihr liebevolles Verständnis hätte es mir nicht gelingen können, diese Arbeit zum guten Ende zu bringen.

Gewidmet ist die Arbeit meiner ganzen Familie. Meine allzu früh verstorbene Mutter Gertrud, mein Vater Erich, mein Bruder Reinhard und meine Schwester Beate mit meinem Schwager Jürgen und meinen Neffen Lukas und David sind mir stets verlässliche und fürsorgliche Wegbegleiter gewesen. Für ihre Unter-

stützung in jeder denkbaren Weise empfinde ich größte Dankbarkeit. Ihnen habe ich es zu verdanken, dass ich den Weg zum Dr. jur. überhaupt einschlagen und bewältigen konnte.

Konstanz, im März 2015

Matthias Hangst

Inhaltsübersicht

1. Teil

Einleitung	35
-------------------	----

2. Teil

Regionalplanung im Raumplanungsrecht	40
---	----

1. Abschnitt: Überblick über das Planungssystem	40
1. Kapitel: Raumplanungsrecht	40
2. Kapitel: Konkurrenz im Raumplanungsrecht	45
2. Abschnitt: Regionalplanung	47
1. Kapitel: Regionalplanung als Raumordnung	47
2. Kapitel: Geschichtliche Entwicklung der Regionalplanung	56
3. Kapitel: Träger der Regionalplanung	68

3. Teil

Rechtsgrundlagen der Regionalplanung	75
---	----

1. Abschnitt: Rahmengesetzgebungskompetenz des Bundes bis 2006	75
2. Abschnitt: Veränderungen durch die Föderalismusreform I	83
1. Kapitel: Konkurrierende Gesetzgebungskompetenz des Bundes gem. Art. 74 Abs. 1 Nr. 31 GG	83
2. Kapitel: Einfachgesetzliche Regelungen von Bund und Ländern	104

4. Teil

Träger der Regionalplanung	210
-----------------------------------	-----

1. Abschnitt: Träger der Regionalplanung im bundesweiten Überblick	211
1. Kapitel: Organisationsformen in den einzelnen Ländern	211
2. Kapitel: Kategorisierung der Träger der Regionalplanung	301

2. Abschnitt: Träger der Regionalplanung in Baden-Württemberg	325
1. Kapitel: Vier unterschiedliche Trägerschaftsformen in zwölf Planungsregionen ..	325
2. Kapitel: Baden-württembergische Träger der Regionalplanung im zusammenfas- senden Vergleich	465

5. Teil

Zusammenfassung in Thesen	473
Literaturverzeichnis	486
Sachverzeichnis	545

Inhaltsverzeichnis

1. Teil

Einleitung	35
-------------------	----

2. Teil

Regionalplanung im Raumplanungsrecht	40
---	----

1. Abschnitt

Überblick über das Planungssystem	40
--	----

1. Kapitel

Raumplanungsrecht	40
--------------------------	----

A. Gesamtplanungen	41
--------------------------	----

B. Fachplanungen	43
------------------------	----

2. Kapitel

Konkurrenz im Raumplanungsrecht	45
--	----

2. Abschnitt

Regionalplanung	47
------------------------	----

1. Kapitel

Regionalplanung als Raumordnung	47
--	----

A. Funktionen der Raumordnung	47
-------------------------------------	----

B. Planungsstufe zwischen landesweiter Raumordnungsplanung und kommunaler Bauleitplanung	49
--	----

I. Regionalpläne zwischen landesweisem Raumordnungsplan und Bauleitplänen ..	49
--	----

II. Aufstellung von Regionalplänen als Regionalplanung im engeren Sinne	50
---	----

III. Regionalplanung im weiteren Sinne	52
--	----

IV. (Planungs-)Region	53
-----------------------------	----

C. Zusammentreffen staatlicher und kommunaler Planungsvorstellungen	55
---	----

2. Kapitel

Geschichtliche Entwicklung der Regionalplanung	56
A. Anfang des 20. Jahrhunderts: Erste Siedlungsverbände	56
B. Nationalsozialismus: Verstaatlichung der Regionalplanung	58
C. Bundesrepublik: Vielfalt durch Landesplanungsgesetze	60
D. Zusammenfassung	67

3. Kapitel

Träger der Regionalplanung	68
A. Begriffsbestimmung	69
B. Organisationsvielfalt nach innen und außen	73

3. Teil

Rechtsgrundlagen der Regionalplanung	75
---	----

1. Abschnitt

Rahmengesetzgebungskompetenz des Bundes bis 2006	75
---	----

2. Abschnitt

Veränderungen durch die Föderalismusreform I	83
---	----

1. Kapitel

Konkurrierende Gesetzgebungskompetenz des Bundes gem. Art. 74 Abs. 1 Nr. 31 GG	83
A. Veränderungen im Überblick	83
B. Reichweite der Gesetzgebungskompetenz des Bundes für die Raumordnung im Einzelnen	85
I. Abweichungsgesetzgebung setzt Vorranggesetzgebung voraus	86
II. Auslegung des Art. 74 Abs. 1 Nr. 31 GG	87
1. Entstehungsgeschichte	87
2. Wortlaut „Raumordnung“	89
3. Systematik und Normzweck	90
4. Vollkompetenz des Bundes gem. Art. 74 Abs. 1 Nr. 31 GG	91
5. Gesetzgebungskompetenz kraft Natur der Sache für Bundesraumordnung ..	92
6. Zwischenergebnis	93
III. Kompetenz für die Instrumente und Bindungswirkungen der Raumordnung ...	94
1. Zusammenhang mit der Rechtsstellung der Träger der Regionalplanung ...	94

2. Gesetzgebungskompetenz kraft Natur der Sache?	94
3. Keine Bindung Privater aus Art. 74 Abs. 1 Nr. 31 GG	97
4. Zusammentreffen verschiedener Kompetenztitel	97
C. Erweiterte Organisationsgewalt des Bundes für die Regionalplanung	100
I. Einrichtung der Landesbehörden gem. Art. 84 Abs. 1 S. 2 Hs. 1 GG	100
II. Aufgabenübertragungsverbot des Art. 84 Abs. 1 S. 7 GG als Grenze	102
III. Abweichungsgesetzgebungskompetenz der Länder gem. Art. 84 Abs. 1 S. 2 Hs. 2 GG	103
D. Zusammenfassung	103

2. Kapitel

Einfachgesetzliche Regelungen von Bund und Ländern 104

A. ROG 2009	104
I. Überblick	104
II. Bewusste Zurückhaltung des Bundesgesetzgebers	107
III. Regionalplanung im ROG 2009	111
1. Pflicht zur Regionalplanung („Ob“)	112
2. Träger der Regionalplanung („Wer“)	113
a) Regionalplanung nach § 8 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 ROG	114
aa) Planungsregionen als „Teilräume der Länder“	114
bb) Vorgaben für die Organisation des Trägers der Regionalplanung	117
(1) „Regionale Planungsgemeinschaften“ i. S. v. § 8 Abs. 4 S. 1 Hs. 1 ROG	117
(2) Privatisierung der Träger der Regionalplanung	121
b) Regionale Flächennutzungsplanung nach § 8 Abs. 4 ROG	128
aa) Zusammenhang zwischen „Ob“ der regionalen Flächennutzungspla- nung und „Wer“ der Regionalplanung	128
bb) „Zusammenschlüsse von Gemeinden und Gemeindeverbänden zu re- gionalen Planungsgemeinschaften“	129
(1) Regionale Planungsgemeinschaften als alleinige Träger der re- gionalen Flächennutzungsplanung	131
(2) Regionale Flächennutzungsplanung in Teilen einer Planungs- region	132
cc) Zusammenfassung	137
c) Landesgrenzenüberschreitende Regionalplanung nach § 8 Abs. 3 ROG ..	138
d) Staatsgrenzenüberschreitende Regionalplanung	140
e) Zwischenergebnis	141
3. Vorschriften zum „Wie“ der Regionalplanung	141
a) Regelungen der Abschnitte 1 und 2 im Überblick	142

b) Ermächtigungsgrundlagen für (Ziel-)Festlegungen im ROG	144
aa) Rückgriff auf Formulierungen des Rahmenrechts am Beispiel des § 8 Abs. 5, 7 ROG	144
bb) Normadressaten des § 8 Abs. 5, 7 ROG	146
cc) Zusammenfassung und Konsequenzen für das Landesplanungsrecht	149
4. Träger der Regionalplanung in anderen Regelungen des ROG	151
5. Zwischenergebnis für die Rechtsstellung der Träger der Regionalplanung	152
B. Landesplanungsgesetze	153
I. Vollzug des ROG erfordert „Organisationsgesetze“ der Länder	153
II. Fortgeltung der bestehenden Landesplanungsgesetze nach § 28 Abs. 3 ROG	154
1. Sperrwirkung des ROG gem. Art. 72 Abs. 1 bzw. Art. 84 Abs. 1 S. 2 Hs. 1 GG	155
2. Landesplanungsgesetze als „Organisationsgesetze“	156
3. Landesplanungsgesetze mit eigener „Planungsphilosophie“	157
4. Inhaltsgleiches Landesplanungsrecht als nachrichtliche Übernahme des ROG	158
III. Erfordert das ROG 2009 Novellierungen der Landesplanungsgesetze?	160
IV. Auswirkungen auf die Trägerschaft der Regionalplanung	162
C. Abweichungsgesetze der Länder	163
I. Neue Art. 72 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 und Art. 84 Abs. 1 S. 2 Hs. 2 GG	164
II. Einordnung der Abweichungsgesetzgebungskompetenz	165
1. Abweichung der Länder vom Vorranggesetz des Bundes	165
2. Abgrenzung zwischen Art. 72 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 und Art. 84 Abs. 1 S. 2 Hs. 2 GG	166
3. Anwendungsvorrang der Abweichungsgesetze	167
4. Mögliche Auswirkungen auf die Regionalplanung	169
III. Grenzen der Abweichungsgesetzgebungskompetenz	169
1. Abweichungsfester Kern in Art. 72 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 GG?	169
a) Organisationsgewalt	170
b) Bundesraumordnung	170
c) Instrumente und Bindungswirkungen der Raumordnung	172
d) Zwischenergebnis	175
2. Kompetenzzuschranken	176
a) Bindung an Völker-, Europa- und Verfassungsrecht	176
b) „Durch Gesetz“	177
c) „Abweichende Regelungen“	178
3. Grenzen der Abweichung von der Pflicht zur Regionalplanung	182
a) Abweichungsgesetzgebungskompetenz gem. Art. 72 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 GG	182
aa) Andere abweichungsfeste Gesetzgebungskompetenzen?	182
bb) Regionaler Flächennutzungsplan gem. § 8 Abs. 4 ROG als Spezialfall	183

cc) Kein Kompetenzzuwachs des Bundes?	187
dd) Abweichungsfester Kern durch analoge Anwendung von Art. 72 Abs. 2 GG?	189
ee) Abweichungsfester Kern durch Art. 79 Abs. 3 GG?	190
ff) Zwischenergebnis	192
b) Vereinbarkeit mit dem Grundsatz der Bundestreue	192
c) Zwischenergebnis	197
IV. Gebrauch der Abweichungsgesetzgebungskompetenz durch die Länder	198
1. Abweichung vom Vorranggesetz des Bundes als landespolitische Entscheidung	198
2. Abweichungsgesetze trotz Beteiligung am ROG 2009-Gesetzgebungs- verfahren?	198
3. Anpassungen der Landesplanungsgesetze an das ROG seit 2010	200
4. Abweichungsverhalten der Länder außerhalb des Raumordnungsrechts	204
5. Überblick über den Stand der Landesgesetzgebung	205
V. Zwischenergebnis	208
D. Zusammenfassung und Konsequenzen für die weitere Untersuchung	208

4. Teil

Träger der Regionalplanung 210

1. Abschnitt

Träger der Regionalplanung im bundesweiten Überblick 211

1. Kapitel

Organisationsformen in den einzelnen Ländern 211

A. Bayern	211
I. 18 Planungsregionen	211
II. 17 Regionale Planungsverbände	212
1. Organe	213
2. Aufgaben	215
a) Regionalplanung i. S. v. § 8 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 ROG	215
b) Weitere Aufgaben	218
III. Keine weiteren Sonderformen außer dem Regionalverband Donau-Iller	220
B. Brandenburg	222
I. Landesplanungsvertrag Berlin/Brandenburg	222
II. Organisation der fünf Regionalen Planungsgemeinschaften	225
III. Aufgaben der Regionalen Planungsgemeinschaften	226
IV. Spezieller Braunkohlenausschuss für Braunkohlen- und Sanierungsplanung ...	227

C. Hessen	228
I. Drei Regierungsbezirke als Planungsregionen	228
II. Regionalversammlungen bei den drei Regierungspräsidien	229
1. Ablauf der Aufstellung von Regionalplänen	229
2. Rechtsstellung der Regionalversammlung und ihrer Ausschüsse	231
a) Organisation	231
b) Organschaftliche Rechte	232
III. Besondere Organisationsformen in der Planungsregion Südhessen	234
1. Regionale Flächennutzungsplanung zusammen mit dem Regionalverband FrankfurtRheinMain	234
a) Lupenlösung im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main	234
b) Organisation des Regionalverbands FrankfurtRheinMain	236
2. Landesgrenzenüberschreitender Verband Region Rhein-Neckar	238
D. Mecklenburg-Vorpommern	239
I. Einfluss der Kreisgebietsreformen	239
II. Vier regionale Planungsverbände	241
1. Organisation	241
2. Aufgaben	242
E. Niedersachsen	244
I. Entwicklung von der verstaatlichten zur kommunalisierten Regionalplanung	244
II. Einheitliche Regelungen für alle Träger der Regionalplanung im NROG	247
1. Aufstellung eines Regionalen Raumordnungsprogramms	247
2. Träger der Regionalplanung als Landesplanungsbehörden	248
III. Ist Regionalplanung durch Landkreise und kreisfreie Städte mit dem ROG vereinbar?	249
1. Auswirkungen des unmittelbar geltenden § 8 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 ROG	249
2. Abweichende Regelungen im NROG für die kreisfreien Städte	251
IV. Organisation der Träger der Regionalplanung	253
1. Landkreise, kreisfreie Städte und Region Hannover als Kommunen i.S.d. NKomVG	253
a) Einordnung der Region Hannover	253
b) Einheitliche innere Kommunalverfassung	254
c) Trägerschaft der Regionalplanung als wehrfähige Rechtsposition	255
2. Zweckverband Großraum Braunschweig	256
F. Nordrhein-Westfalen	257
I. Entwicklung der Regionseinteilung	257
II. Allgemeine Vorschriften zur Regionalplanung im LPiG NW	258
III. Regionalplanung in den fünf Regierungsbezirken	259

1. Organisation der Regionalräte	259
2. Aufgabenverteilung in der Regionalplanung	261
IV. Regionalplanung im Regionalverband Ruhr	262
1. Organisation des Regionalverbands Ruhr im Überblick	262
2. Rechtsstellung des Regionalverbands Ruhr in der Regionalplanung	263
3. Regionaler Flächennutzungsplan der Städteregion Ruhr	265
V. Beteiligung der Regionalräte an der Braunkohlenplanung	267
G. Rheinland-Pfalz	268
I. Einteilung der fünf Planungsregionen	268
II. Vier Planungsgemeinschaften	269
1. Organisation	269
2. Aufgaben	271
III. Kreisfreie Stadt Worms als Mitglied des Verbands Region Rhein-Neckar	273
H. Sachsen	274
I. Vier Planungsregionen	274
II. Vier Regionale Planungsverbände als Träger der Regional- und Braunkohlen- planung	275
1. Organisation	275
2. Aufgaben	277
a) Regionalplanung i. S. v. § 8 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 ROG	277
b) Braunkohlenplanung als Teilregionalplanung	278
c) Sonstige Aufgaben	279
I. Sachsen-Anhalt	280
I. Nachträgliche Kommunalisierung der Regionalplanung	280
II. Fünf Regionale Planungsgemeinschaften	281
1. Regionale Planungsgemeinschaften als Zweckverbände	281
a) Pflichtmitgliedschaft der Landkreise und kreisfreien Städte	281
b) Organe	282
2. Aufgaben	284
a) Aufstellung von (Teil-)Regionalplänen	284
b) Sonstige Aufgaben	286
J. Schleswig-Holstein	287
I. Kommunalisierung der Regionalplanung nicht verwirklicht	287
II. Neufassung des LPIG SH im Jahr 2014	289
III. Ministerpräsident als Landesplanungsbehörde und Planungsträger	291
IV. Ablauf der Aufstellung der Regionalpläne im Überblick	293
K. Thüringen	294

I.	Vier Planungsregionen	294
II.	Vier Regionale Planungsgemeinschaften	295
	1. Organisation	295
	2. Aufgaben	298
	a) Aufstellung eines Regionalplans	298
	b) Sonstige Aufgaben	300
2. Kapitel		
	Kategorisierung der Träger der Regionalplanung	301
A.	Mannigfaltige Trägerschaftsformen	301
	I. Organisationsvielfalt in Zahlen	302
	II. Träger der Regionalplanung und ihre Planungsregionen im Verwaltungsaufbau	303
B.	Einteilung anhand verschiedener Kriterien	304
	I. Kategorisierungen in der Literatur und im Bundesraumordnungsbericht	305
	II. Verbandskompetenz in der Regionalplanung	307
	1. Unmittelbare Landesverwaltung	308
	2. Mittelbare Landesverwaltung	309
	a) Körperschaften des öffentlichen Rechts	309
	aa) Schaffung durch staatlichen Hoheitsakt	309
	bb) Mitgliedschaftlich verfasst als Gebiets- oder Verbandskörperschaften	310
	cc) Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben	312
	dd) Staatsaufsicht	314
	b) Körperschaften als Rechtsträger des Regionalplans nach §47 Abs. 2 S. 2 VwGO	315
	III. Organkompetenzen bei der Aufstellung eines Regionalplans	315
	1. Ausarbeitung des Planentwurfs	316
	2. Beschluss des Regionalplans	317
	3. Genehmigung des Regionalplans durch eine Staatsbehörde	320
IV.	„Regionale Planungsgemeinschaften“ i. S. v. § 8 Abs. 4 S. 1 Hs. 1 ROG	323
2. Abschnitt		
	Träger der Regionalplanung in Baden-Württemberg	325
1. Kapitel		
	Vier unterschiedliche Trägerschaftsformen in zwölf Planungsregionen	325
A.	Zwölf Planungsregionen	325
	I. Entstehung der Regionseinteilung	325
	1. 20 regionale Planungsgemeinschaften in den 1960er-Jahren	325

2. Zwölf Planungsregionen als Ergebnis der Verwaltungsreformen der 1970er-Jahre	326
a) Verschiedene Vorschläge für die Organisation der Regionalplanung	327
b) Errichtung der Regionalverbände zum Jahr 1973 durch das Regionalverbandsgesetz	330
aa) Regionalverbandsgesetz im Kontext der Verwaltungsreformen	330
bb) Neuerungen des Regionalverbandsgesetzes im Überblick	331
cc) Konzeption der Regionalverbände im LplG BW 1972	333
II. Weiterentwicklung der Organisationsformen	336
1. Zwei neue Trägerschaftsformen bei gleicher Regionseinteilung	336
2. Auswirkungen der Föderalismusreform I und des ROG 2009	341
a) Fortbestand der Trägerschaftsformen	341
b) Rechtsgrundlagen der Träger der Regionalplanung im ROG und im Landesplanungsrecht	342
aa) Regionalverbände im LplG BW	342
bb) Verband Region Stuttgart im GVRS	347
cc) Regionalverband Donau-Iller im Staatsvertrag Donau-Iller	348
dd) Verband Region Rhein-Neckar im Staatsvertrag Rhein-Neckar	350
III. Planungsregionen im heutigen baden-württembergischen Verwaltungsgefüge ..	350
IV. Zwischenergebnis und Konsequenzen für die weitere Untersuchung	354
B. Neun rein baden-württembergische Regionalverbände	355
I. Organisation	355
1. Körperschaften des öffentlichen Rechts gem. § 32 S. 1 LplG BW	355
a) Mitgliedschaftliche Zusammensetzung?	355
aa) Verbandskörperschaften?	356
bb) Gebietskörperschaften?	359
cc) § 32 S. 1 LplG BW als falsa demonstratio	361
dd) Konsequenzen für die Auslegung anderer Vorschriften	363
(1) Art. 71 Abs. 1 S. 3 LV BW	363
(2) Art. 71 Abs. 3 LV BW	363
(3) § 3 Abs. 1 Nr. 5 ROG	364
(4) § 47 Abs. 2 S. 2 VwGO	365
(5) § 35 S. 1 LVwVfG BW	365
b) Selbstverwaltungsrechte im Rahmen der Gesetze	365
2. Organe	368
a) Verbandsversammlung	368
b) Verbandsvorsitzender	371
c) Verbandsverwaltung mit dem Verbandsdirektor	373
II. Aufgaben	374

1. Aufstellung und Fortschreibung eines Regionalplans	375
a) § 8 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 ROG als Rechtsgrundlage	375
b) Form und Inhalt der Regionalpläne	375
aa) Planungsstufe zwischen Landesentwicklungsplan und Flächennutzungsplänen	375
bb) Regionalpläne als regionale Flächennutzungspläne i. S. v. § 8 Abs. 4 ROG?	377
cc) Regionalbedeutsame Festlegungen im Regionalplan	379
dd) Integration raumbedeutsamer Fachplanungen in den Regionalplan	381
ee) Planungszeitraum und Form der Regionalpläne	382
c) Ablauf der Aufstellung eines Regionalplans im Überblick	383
aa) Ausarbeitung des Planentwurfs durch die Verbandsverwaltung	383
bb) Beschluss des Regionalplans durch die Verbandsversammlung	385
cc) Verbindlicherklärung des Regionalplans durch die oberste Raumordnungs- und Landesplanungsbehörde	385
(1) Prüfungsumfang der Genehmigungsbehörde	386
(2) Entscheidungsmöglichkeiten der Genehmigungsbehörde	390
(3) Bekanntgabe des Regionalplans durch den Regionalverband	392
2. Weitere Aufgaben	393
a) Überblick	393
aa) Beteiligungsrechte an anderen raumplanerischen Instrumenten	393
bb) Andere Mittel der Raumordnung und Landesplanung der Regionalverbände	395
b) Planungsgebot des § 21 LplG BW im Besonderen	397
aa) Entstehungsgeschichte	397
bb) § 21 LplG BW als Ermächtigungsgrundlage für die Regionalverbände	399
cc) Vollstreckungshilfe durch die Rechtsaufsichtsbehörde	401
dd) Verhältnis zur allgemeinen Kommunalaufsicht	404
c) Rechtsschutzmöglichkeiten der Regionalverbände	406
aa) Klagebefugnis gem. § 22 Abs. 1 LplG BW	406
(1) § 22 LplG BW als Reaktion auf eine Grundsatzentscheidung des VGH Mannheim	406
(2) Reichweite der Rechtsschutzmöglichkeiten aus § 22 Abs. 1 LplG BW	409
bb) Rechtsschutzmöglichkeiten kraft eigener regionalplanerischer Planungshoheit	411
cc) Antragsbefugnis als Behörde gem. § 47 Abs. 2 S. 1 Var. 2 VwGO	417
C. Verband Region Stuttgart	419
I. Stadt-Umland-Verband	419
II. Organisation	420

1. Gebietskörperschaft des öffentlichen Rechts	420
2. Selbstverwaltungsrechte	424
3. Organe	425
a) Regionalversammlung	425
b) Verbandsvorsitzender	426
c) Verbandsverwaltung mit dem Regionaldirektor	427
III. Aufgaben	428
1. Träger der Regionalplanung	428
a) Aufstellung und Fortschreibung eines Regionalplans nach dem LplG BW	428
b) Sonstige Aufgaben und Befugnisse als Träger der Regionalplanung	429
2. Aufgabenvielfalt eines Stadt-Umland-Verbands	431
D. Regionalverband Donau-Iller	434
I. Organisation	434
1. Verbandskörperschaft des öffentlichen Rechts	434
2. Selbstverwaltungsrechte	436
3. Organe	437
a) Verbandsversammlung	438
b) Planungsausschuss	439
c) Verbandsvorsitzender	440
d) Verbandsverwaltung mit dem Verbandsdirektor	440
II. Aufgaben	441
1. Aufstellung eines grenzüberschreitenden Regionalplans	441
2. Sonstige Aufgaben und Befugnisse	443
E. Verband Region Rhein-Neckar	445
I. Organisation	445
1. Verbandskörperschaft des öffentlichen Rechts	445
2. Selbstverwaltungsrechte	447
3. Organe	448
a) Verbandsversammlung	449
b) Verwaltungsrat und Ausschüsse	450
c) Verbandsvorsitzender	451
d) Verbandsverwaltung mit dem Verbandsdirektor	452
II. Aufgaben	452
1. Einheitlicher Regionalplan für das Rhein-Neckar-Gebiet	452
a) Bis 2005: Raumordnungsplan des Raumordnungsverbands Rhein-Neckar als „Rahmen“	452
b) Träger der Regionalplanung für das baden-württembergische und rhein- land-pfälzische Verbandsgebiet	454

aa) Verband Region Rhein-Neckar als Adressat des § 8 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 ROG	454
bb) Rechtsgrundlagen im Staatsvertrag Rhein-Neckar, LPIG RP und ROG	455
cc) Ablauf der Aufstellung des einheitlichen Regionalplans im Überblick	457
c) Berücksichtigung des einheitlichen Regionalplans in der hessischen Re- gionalplanung	458
2. Weitere Aufgaben	459
a) Als Träger der Regionalplanung	459
b) Als Akteur in der europäischen Metropolregion Rhein-Neckar	461
F. Regionalzweckverbände	462
I. Alternative Organisationsform zu den Regionalverbänden	462
II. Zweckverbände i. S. d. GKZ BW	463

2. Kapitel

Baden-württembergische Träger der Regionalplanung im zusammenfassenden Vergleich	465
A. Grundstruktur aller baden-württembergischen Träger der Regionalplanung	466
I. Juristische Personen des öffentlichen Rechts in der mittelbaren Landesverwaltung	466
II. Regionalplanung i. S. v. § 8 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 ROG und weitere Aufgaben	468
B. Einordnung in das Gefüge der Träger der Regionalplanung im Bundesgebiet	470

5. Teil

Zusammenfassung in Thesen	473
Literaturverzeichnis	486
Sachverzeichnis	545

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Ansicht
a. a. O.	am angegebenen Ort
a. E.	am Ende
a. F.	alte Fassung
a. M.	am Main
ABl. Bbg.	Amtsblatt für Brandenburg
ABl. EG Nr. L	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Reihe L – Rechtsvorschriften
ABl. EU Nr. C	Amtsblatt der Europäischen Union Reihe C – Mitteilungen und Bekanntmachungen
ABl. EU Nr. L	Amtsblatt der Europäischen Union Reihe L – Rechtsvorschriften
Abs.	Absatz/-sätze
Abschn.	Abschnitt
AEG	Allgemeines Eisenbahngesetz v. 27.12.1993 (BGBl. I S. 2378); zuletzt geändert durch G. v. 7.8.2013 (BGBl. I S. 3154)
AEntG	Gesetz über zwingende Arbeitsbedingungen für grenzüberschreitend entsandte und für regelmäßig im Inland beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Arbeitnehmer-Entsendegesetz) v. 20.4.2009 (BGBl. I S. 799); zuletzt geändert durch G. v. 25.11.2012 (BGBl. II S. 1381)
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union i. d. F. der Bekanntmachung v. 9.5.2008 (ABl. EU Nr. C 115, S. 47); zuletzt geändert durch Art. 2 des Änderungsbeschlusses 2012/419/EU v. 11.7.2012 (ABl. EU Nr. L 204, S. 131)
AfK	Archiv für Kommunalwissenschaften [Zeitschrift]
AGBauGB Bln.	[Berliner] Gesetz zur Ausführung des Baugesetzbuchs i. d. F. v. 7.11.1999 (GVBl. Bln. S. 578); zuletzt geändert durch G. v. 3.11.2005 (GVBl. Bln. S. 692)
AGeV	Verordnung über bestimmte alkoholhaltige Getränke i. d. F. der Bekanntmachung v. 30.6.2003 (BGBl. I S. 1255); zuletzt geändert durch Verordnung v. 12.10.2013 (BGBl. I S. 3862)
AGVwGO BW	[Baden-württembergisches] Gesetz zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung v. 14.10.2008 (GBl. BW S. 343); zuletzt geändert durch G. v. 3.12.2013 (GBl. BW S. 449)
AmtsBl. MV	Amtsblatt für Mecklenburg-Vorpommern
Amtsbl. Saarl.	Amtsblatt des Saarlandes
Amtsbl. Saarl. I	Amtsblatt des Saarlandes Teil I
Amtsbl. SH	Amtsblatt für Schleswig-Holstein
Anm.	Anmerkung
ÖfR	Archiv des öffentlichen Rechts [Zeitschrift]
apf	Ausbildung – Prüfung – Fachpraxis [Zeitschrift]

ARL	Akademie für Raumforschung und Landesplanung
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
AWZ	[Deutsche] ausschließliche Wirtschaftszone
Az.	Aktenzeichen
B.	Beschluss
BAS	Bekanntmachungen, Ausschreibungen, Sonstiges [ständige Beilage zum Staatsanzeiger BW]
BauGB	Baugesetzbuch i. d. F. der Bekanntmachung v. 23.9.2004 (BGBl. I S. 2414); zuletzt geändert durch G. v. 11.6.2013 (BGBl. I S. 1548)
BauNVO	Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Bau-nutzungsverordnung) i. d. F. der Bekanntmachung v. 23.1.1990 (BGBl. I S. 132); zuletzt geändert durch G. v. 11.6.2013 (BGBl. I S. 1548)
BauR	Baurecht – Zeitschrift für das ganze öffentliche und zivile Baurecht
Bay.	Bayern
BayBgm.	Der Bayerische Bürgermeister [Zeitschrift]
BayLplG	Bayerisches Landesplanungsgesetz v. 25.6.2012 (GVBl. Bay. S. 254)
BayNatSchG	[Bayerisches] Gesetz über den Schutz der Natur, die Pflege der Landschaft und die Erholung in der freien Natur v. 23.2.2011 (GVBl. Bay. S. 82); zuletzt geändert durch G. v. 8.4.2013 (GVBl. Bay. S. 174)
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter [Zeitschrift]
BayVerfGH	Bayerischer Verfassungsgerichtshof
BayVwVfG	Bayerisches Verwaltungsverfahrensgesetz v. 23.12.1976 (GVBl. Bay. S. 213); zuletzt geändert durch G. v. 22.12.2009 (GVBl. Bay. S. 628)
BBauBl.	Bundesbaublatt [Zeitschrift]
BBauG	Bundesbaugesetz v. 23.6.1960 (BGBl. I S. 341)
BBergG	Bundesberggesetz v. 13.8.1980 (BGBl. I S. 1310); zuletzt geändert durch G. v. 7.8.2013 (BGBl. I S. 3154)
Bbg.	Brandenburg
Bd.	Band/Bände
BeamtStG	Gesetz zur Regelung des Statusrechts der Beamtinnen und Beamten in den Ländern v. 17.6.2008 (BGBl. I S. 1010); zuletzt geändert durch Verordnung v. 5.2.2009 (BGBl. I S. 160)
BeckRS	Beck-Rechtsprechung [Entscheidungssammlung bei beck-online]
Begr.	Begründer/-in/-nen
Bek.	Bekanntmachung
Ber. z. dt. Landeskunde	Berichte zur deutschen Landeskunde [Zeitschrift]
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch i. d. F. der Bekanntmachung v. 2.1.2002 (BGBl. I S. 42); zuletzt geändert durch G. v. 1.10.2013 (BGBl. I S. 3719)
BGBl. I	Bundesgesetzblatt Teil I
BGBl. II	Bundesgesetzblatt Teil II

BImSchG	Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz) i. d. F. der Bekanntmachung v. 26.9.2002 (BGBl. I S. 3830); zuletzt geändert durch G. v. 2.7.2013 (BGBl. I S. 1943)
BIGBW	Blätter für Grundstücks-, Bau- und Wohnungsrecht [Zeitschrift]
Bln.	Berlin
BNatSchG	Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege v. 29.7.2009 (BGBl. I S. 2542); zuletzt geändert durch G. v. 7.8.2013 (BGBl. I S. 3154)
BR	Bundesrat
Braunschwg	[Niedersächsisches] Gesetz über die Bildung des Zweckverbandes „Großraum Braunschweig“ v. 27.11.1991 (GVBl. Nds. S. 305); zuletzt geändert durch G. v. 18.7.2012 (GVBl. Nds. S. 252)
BR-Drucks.	Drucksachen des Bundesrates
Bre.	Bremen
BremStGHE	Entscheidungen des Staatsgerichtshofes der Freien Hansestadt Bremen
BT	Bundestag
BT-Drucks.	Drucksachen des Deutschen Bundestages
BV	Verfassung des Freistaates Bayern i. d. F. der Bekanntmachung v. 15.12.1998 (GVBl. Bay. S. 991); zuletzt geändert durch G. v. 11.11.2013 (GVBl. Bay. S. 642)
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BW	Baden-Württemberg
BWGZ	Die Gemeinde [Kommunalzeitschrift des Gemeindetags Baden-Württemberg]
BWVBl.	Baden-Württembergisches Verwaltungsblatt
BWVP/BWVPr	Baden-württembergische Verwaltungspraxis [Zeitschrift]
bzgl.	bezüglich
ca.	cirka
CDU	Christlich-Demokratische Union
CSU	Christlich-Soziale Union
d.	der/die/das/dem/den
d. h.	das heißt
DASL	Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung
DDR	Deutsche Demokratische Republik
dems.	demselben
dens.	denselben
DepV	Verordnung über Deponien und Langzeitlager v. 27.4.2009 (BGBl. I S. 900); zuletzt geändert durch Verordnung v. 9.5.2013 (BGBl. I S. 973)
Der Landkreis	Zeitschrift für kommunale Selbstverwaltung des Deutschen Landkreistags

Der Städtetag	Zeitschrift für kommunale Politik und Praxis des Deutschen Städtetags
ders.	derselbe
Die Gemeinde SH	Zeitschrift für die schleswig-holsteinische Selbstverwaltung
Die lebendige Gemeinde	Unabhängige Zeitschrift für das gemeindliche Ehrenamt und die bürgerliche Selbstverwaltung
Die Neue Verwaltung	Zeitschrift für modernes Management und Wirtschaftlichkeit in der öffentlichen Verwaltung
Die Verwaltung	Zeitschrift für Verwaltungsrecht und Verwaltungswissenschaften
Die Verwaltungspraxis	Fachzeitschrift für die Ausbildung und Fortbildung in der Verwaltung
dies.	dieselbe/-n
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung [Zeitschrift]
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DVBf.	Deutsche Verwaltungsblätter [Zeitschrift]
DVP	Demokratische Volkspartei/Deutsche Verwaltungs-Praxis [Zeitschrift]
DWW	Deutsche Wohnungswirtschaft [Zeitschrift]
e. V.	eingetragener Verein
EG	Europäische Gemeinschaft/-en
Erl.	Erläuterung/-en
ESVGH	Entscheidungssammlung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs und des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
evtl.	eventuell
f./ff.	folgende [Seite, Randnummer]/folgende [Seiten, Randnummern]
FDP	Freie Demokratische Partei
Fn.	Fußnote/-n
Föderalismusreform I	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes v. 28.8.2006 (BGBl. I S. 2034)
Freiburger geographische Mitteilungen	Mitteilungen der Geographischen Fachschaft Freiburg [Zeitschrift]
FS	Festschrift
FStrAbG	Gesetz über den Ausbau der Bundesfernstraßen i. d. F. der Bekanntmachung v. 20.1.2005 (BGBl. I S. 201); zuletzt geändert durch G. v. 9.12.2006 (BGBl. I S. 2833)
FStrG	Bundesfernstraßengesetz i. d. F. der Bekanntmachung v. 28.6.2007 (BGBl. I S. 1206); zuletzt geändert durch G. v. 31.5.2013 (BGBl. I S. 1388)
fub	Flächenmanagement und Bodenordnung [Zeitschrift]
G.	Gesetz
GABl. BW	Gemeinsames Amtsblatt des Landes Baden-Württemberg
GBI. Bre.	Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen
GBI. BW	Gesetzblatt für Baden-Württemberg
GBI. DDR I	Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik Teil I
gem.	gemäß

Gemeindehaushalt	Fachzeitschrift für das kommunale Haushalts- und Wirtschaftsrecht, das Kassen-, Rechnungs- und Prüfungswesen sowie das gesamte kommunale Abgabenrecht
GemO BW	Gemeindeordnung für Baden-Württemberg v. 24.7.2000 (GBl. BW S. 581); zuletzt geändert durch G. v. 16.4.2013 (GBl. BW S. 55)
GemO BW 2004	Gemeindeordnung für Baden-Württemberg v. 24.7.2000 (GBl. BW S. 581); zuletzt geändert durch G. v. 14.12.2004 (GBl. BW S. 895)
GemO RP	Gemeindeordnung [Rheinland-Pfalz] i. d.F. v. 31.10.1994 (GVBl. RP S. 153); zuletzt geändert durch G. v. 8.10.2013 (GVBl. RP S. 349)
GewArch	Gewerbearchiv [Zeitschrift]
GewO	Gewerbeordnung i. d.F. der Bekanntmachung v. 22.2.1999 (BGBl. I S. 202); zuletzt geändert durch G. v. 6.9.2013 (BGBl. I S. 3556)
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland v. 23.5.1949; zuletzt geändert durch G. v. 11.7.2012 (BGBl. I S. 1478)
GKG Bbg.	Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg i. d.F. der Bekanntmachung v. 28.5.1999 (GVBl. Bbg. I S. 194); zuletzt geändert durch G. v. 16.5.2013 (GVBl. Bbg. I Nr. 18)
GKG SA	[Sachsen-anhaltisches] Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit i. d.F. der Bekanntmachung v. 26.2.1998 (GVBl. SA S. 81); zuletzt geändert durch G. v. 8.2.2011 (GVBl. SA S. 68)
GKV BW	Gesetz über den Kommunalen Versorgungsverband Baden-Württemberg i. d.F. v. 16.4.1996 (GBl. BW S. 393); zuletzt geändert durch G. v. 20.12.2010 (GBl. BW S. 1066)
GKZ BW	[Baden-württembergisches] Gesetz über kommunale Zusammenarbeit i. d.F. v. 16.9.1974 (GBl. BW S. 408); zuletzt geändert durch G. v. 16.4.2013 (GBl. BW S. 55)
GKZ BW 2004	[Baden-württembergisches] Gesetz über kommunale Zusammenarbeit i. d.F. v. 16.9.1974 (GBl. BW S. 408); zuletzt geändert durch G. v. 14.12.2004 (GBl. BW S. 884)
GkZ SH	[Schleswig-holsteinisches] Gesetz über kommunale Zusammenarbeit i. d.F. v. 28.2.2003 (GVOBl. SH S. 122); zuletzt geändert durch G. v. 22.2.2013 (GVOBl. SH S. 72)
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GMBL	Gemeinsames Ministerialblatt
GO Bay.	Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern i. d.F. der Bekanntmachung v. 22.8.1998 (GVBl. Bay. S. 796); zuletzt geändert durch G. v. 24.7.2012 (GVBl. Bay. S. 366)
GO SA	Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt i. d.F. der Bekanntmachung v. 10.8.2009 (GVBl. SA S. 383); zuletzt geändert durch G. v. 18.10.2013 (GVBl. SA S. 498)
GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union v. 12.12.2007 (ABl. EU Nr. C 303, S. 1)
GS	Gedächtnisschrift

GV. NW	Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen
GVBl. Bay.	Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt
GVBl. Bbg.	Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Brandenburg
GVBl. Bbg. I	Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Brandenburg Teil I – Gesetze
GVBl. Bbg. II	Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Brandenburg Teil II – Verordnungen
GVBl. Bln.	Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin
GVBl. He.	Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen
GVBl. He. I	Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen Teil I
GVBl. Nds.	Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt
GVBl. RP	Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Rheinland-Pfalz
GVBl. RP I	Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Rheinland-Pfalz Teil I
GVBl. SA	Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Sachsen-Anhalt
GVBl. Th.	Gesetz- und Verordnungsblatt für den Freistaat Thüringen
GVOBl. MV	Gesetz- und Verordnungsblatt für Mecklenburg-Vorpommern
GVOBl. SH	Gesetz- und Verordnungsblatt für Schleswig-Holstein
GVRS	[Baden-württembergisches] Gesetz über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart v. 7.2.1994 (GBl. BW S. 92); zuletzt geändert durch G. v. 16.4.2013 (GBl. BW S. 55)
h. M.	herrschende Meinung
HandwO	Gesetz zur Ordnung des Handwerks i. d. F. der Bekanntmachung v. 24.9.1998 (BGBl. I S. 3074); zuletzt geändert durch G. v. 25.7.2013 (BGBl. I S. 2749)
Hbg.	Hamburg
HessStGH	Hessischer Staatsgerichtshof
HGRG	Gesetz über die Grundsätze des Haushaltsrechts des Bundes und der Länder (Haushaltsgrundsätze-gesetz) v. 19.8.1969 (BGBl. I S. 1273); zuletzt geändert durch G. v. 15.7.2013 (BGBl. I S. 2398)
HGZ	Hessische Städte- und Gemeinde-Zeitung
HKO	Hessische Landkreisordnung i. d. F. der Bekanntmachung v. 7.3.2005 (GVBl. He. I S. 183); zuletzt geändert durch G. v. 16.12.2011 (GVBl. He. I S. 786)
HLPG	Hessisches Landesplanungsgesetz v. 12.12.2012 (GVBl. He. I S. 590)
Hrsg.	Herausgeber/-in/-nen
hrsg. v.	herausgegeben von
Hs.	Halbsatz/-sätze
HVwVfG	Hessisches Verwaltungsverfahrensgesetz i. d. F. v. 15.1.2010 (GVBl. He. I S. 18); zuletzt geändert durch G. v. 13.12.2012 (GVBl. He. S. 622)
i. d. F.	in der Fassung
i. E.	im Ergebnis
i. S. d.	im Sinne des/der
i. S. e.	im Sinne einer/eines
i. S. v.	im Sinne von
i. V. m.	in Verbindung mit

IHK	Industrie- und Handelskammer
IHK-G	Gesetz zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern v. 18.12.1956; zuletzt geändert durch G. v. 25.7.2013 (BGBl. I S. 2749)
inkl.	inklusive
Innere Kolonisation	Zeitschrift für Fragen der Siedlung, Landesplanung, Agrarstruktur und Flurbereinigung
IzR	Informationen zur Raumentwicklung [Zeitschrift]
JA	Juristische Arbeitsblätter [Zeitschrift]
JöR n. F.	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart neue Folge [Zeitschrift]
Jura	Juristische Ausbildung [Zeitschrift]
JuS	Juristische Schulung [Zeitschrift]
JZ	Juristenzeitung [Zeitschrift]
Kap.	Kapitel
KHG	Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze v. 10.4.1991 (BGBl. I S. 886); zuletzt geändert durch G. v. 15.7.2013 (BGBl. I S. 2423)
Kommunalpolitische Blätter	Fachzeitschrift für kommunale Amts- und Mandatsträger und Ratsmitglieder sowie höhere Verwaltungsangestellte
Kommunalwirtschaft	Zeitschrift für das gesamte Verwaltungswesen, die sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben der Städte, Landkreise und Landgemeinden
KommZG Bay.	[Bayerisches] Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit v. 20.6.1994 (GVBl. Bay. S. 555); zuletzt geändert durch G. v. 11.12.2012 (GVBl. Bay. S. 619)
KomWG BW	Kommunalwahlgesetz [Baden-Württemberg] i. d. F. v. 1.9.1983 (GBl. BW S. 429); zuletzt geändert durch G. v. 16.4.2013 (GBl. BW S. 55)
KomZG RP	[Rheinland-pfälzisches] Landesgesetz über die kommunale Zusammenarbeit v. 22.12.1982 (GVBl. RP S. 476); zuletzt geändert durch G. v. 28.9.2010 (GVBl. RP S. 280)
KrWG	Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz) v. 24.2.2012 (BGBl. I S. 212); zuletzt geändert durch G. v. 22.5.2013 (BGBl. I S. 1324)
KV MV	Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern v. 13.7.2011 (GVOBl. MV S. 777)
LAbfG BW	Landesabfallgesetz [Baden-Württemberg] v. 14.10.2008 (GBl. BW S. 370); zuletzt geändert durch G. v. 17.12.2009 (GBl. BW S. 802)
Landkreisnachrichten BW	Verbandszeitschrift des Landkreistags Baden-Württemberg
LBG BW	Landesbeamtengesetz [Baden-Württemberg] v. 9.11.2010 (GBl. BW S. 793); zuletzt geändert durch G. v. 12.11.2013 (GBl. BW S. 793)
LBO BW	Landesbauordnung für Baden-Württemberg i. d. F. v. 5.3.2010 (GBl. BW S. 357); zuletzt geändert durch Verordnung v. 25.1.2012 (GBl. BW S. 65)

LEP Bay.	Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern v. 22.8.2013 (GVBl. Bay. S. 550)
Lfg.	Lieferung
LHO BW	Landshaushaltsordnung für Baden-Württemberg v. 19.10.1971 (GBl. BW S. 428); zuletzt geändert durch G. v. 18.12.2012 (GBl. BW S. 677)
Lit.	Literatur
lit.	littera (Buchstabe)
LKrO Bay.	Landkreisordnung für den Freistaat Bayern v. 22.8.1998 (GVBl. Bay. S. 826); zuletzt geändert durch G. v. 24.7.2012 (GVBl. Bay. S. 366)
LKrO BW	Landkreisordnung für Baden-Württemberg v. 19.6.1987 (GBl. BW S. 289); zuletzt geändert durch G. v. 16.4.2013 (GBl. BW S. 55)
LKrO RP	[Rheinland-pfälzische] Landkreisordnung i. d. F. v. 31.1.1994 (GVBl. RP S. 188); zuletzt geändert durch G. v. 8.5.2013 (GVBl. RP S. 139)
LKRZ	Zeitschrift für Landes- und Kommunalrecht
LKV	Landes- und Kommunalverwaltung [Zeitschrift]
LNatSchG RP	Landesgesetz zur nachhaltigen Entwicklung von Natur und Landschaft v. 28.9.2005 (GVBl. RP S. 387); zuletzt geändert durch Verordnung v. 22.6.2010 (GVBl. RP S. 106)
LOG Bbg.	[Brandenburgisches] Gesetz über die Organisation der Landesverwaltung v. 24.5.2004 (GVBl. Bbg. I S. 186); zuletzt geändert durch G. v. 20.12.2010 (GVBl. Bbg. I Nr. 42)
LOG NW	[Nordrhein-westfälisches] Gesetz über die Organisation der Landesverwaltung v. 10.7.1962 (GV. NW S. 421); zuletzt geändert durch G. v. 18.11.2008 (GV. NRW. S. 706)
LplG BW	Landesplanungsgesetz Baden-Württemberg i. d. F. v. 10.7.2003 (GBl. BW S. 385); zuletzt geändert durch G. v. 3.12.2013 (GBl. BW S. 329)
LplG BW 1962	Landesplanungsgesetz [Baden-Württemberg] v. 19.12.1962 (GBl. BW 1963, S. 1)
LplG BW 1972	Bekanntmachung der Neufassung des Landesplanungsgesetzes [Baden-Württemberg] v. 25.7.1972 (GBl. BW S. 459)
LplG BW 1983	Landesplanungsgesetz [Baden-Württemberg] v. 10.10.1983 (GBl. BW S. 621)
LplG BW 1992	Bekanntmachung der Neufassung des Landesplanungsgesetzes [Baden-Württemberg] v. 8.4.1992 (GBl. BW S. 229)
LplG BW 2003	Bekanntmachung der Neufassung des Landesplanungsgesetzes [Baden-Württemberg] v. 10.7.2003 (GBl. BW S. 385)
LPIG DVO NW	[Nordrhein-Westfälische] Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes v. 8.6.2010 (GV. NW S. 334); zuletzt geändert durch Verordnung v. 13.3.2012 (GV. NW S. 146)
LPIG MV	Gesetz über die Raumordnung und Landesplanung des Landes Mecklenburg-Vorpommern i. d. F. der Bekanntmachung v. 5.5.1998 (GVOBl. MV S. 503); zuletzt geändert durch G. v. 20.5.2011 (GVOBl. MV S. 323)

LPIG NW	Landesplanungsgesetz Nordrhein-Westfalen i. d. F. der Bekanntmachung v. 3.5.2005 (GV. NW S. 430); zuletzt geändert durch G. v. 29.1.2013 (GV. NW S. 33)
LPIG RP	Landesplanungsgesetz Rheinland-Pfalz v. 10.4.2003 (GVBl. RP S. 41); zuletzt geändert durch G. v. 28.9.2010 (GVBl. RP S. 280)
LPIG SA	Landesplanungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt v. 28.4.1998 (GVBl. SA S. 255); zuletzt geändert durch G. v. 19.12.2007 (GVBl. SA S. 466)
LPIG SH	Gesetz über die Landesplanung [Schleswig-Holstein] v. 27.1.2014 (GVOBl. SH S. 8)
LPIV Bln./Bbg.	Vertrag über die Aufgaben und Trägerschaft sowie Grundlagen und Verfahren der gemeinsamen Landesplanung zwischen den Ländern Berlin und Brandenburg v. 6.4.1995 (GVBl. Bln. S. 407; GVBl. Bbg. I S. 210); i. d. F. der Bekanntmachungen v. 16.12.2011 (GVBl. Bln. 2012, S. 2) und 13.2.2012 (GVBl. Bbg. I Nr. 14)
LRegGVertAnO RP	Anordnung über die Geschäftsverteilung der Landesregierung Rheinland-Pfalz v. 18.5.2011 (GVBl. RP S. 172)
Ls.	Leitsatz/-sätze
LT	Landtag
LT-Drucks.	Drucksachen der Landtage
LTGO BW	Geschäftsordnung des Landtags von Baden-Württemberg i. d. F. v. 1.6.1989 (GBl. BW S. 250); zuletzt geändert durch Beschluss v. 27.12.2012 (GBl. BW S. 478)
LV Bre.	Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen v. 21.10.1947 (GBl. Bre. S. 251); zuletzt geändert durch G. v. 3.9.2013 (GBl. Bre. S. 501)
LV BW	Verfassung des Landes Baden-Württemberg v. 11.11.1953 (GBl. BW S. 173); zuletzt geändert durch G. v. 7.2.2011 (GBl. BW S. 46)
LV MV	Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern v. 23.5.1993 (GVOBl. MV S. 372); zuletzt geändert durch G. v. 30.6.2011 (GVOBl. MV S. 375)
LV Nds.	Niedersächsische Verfassung v. 19.5.1993 (GVBl. Nds. S. 107); zuletzt geändert durch G. v. 30.6.2011 (GVBl. Nds. S. 210)
LVerfG MV	Landesverfassungsgericht Mecklenburg-Vorpommern
LVerfGE	Entscheidungen der Verfassungsgerichte der Länder
LVG BW	[Baden-württembergisches] Landesverwaltungsgesetz v. 3.12.2013 (GBl. BW S. 449)
LVwVfG BW	Verwaltungsverfahrensgesetz für Baden-Württemberg i. d. F. v. 12.4.2005 (GBl. BW S. 350); zuletzt geändert durch G. v. 17.12.2009 (GBl. BW S. 809)
LVwVG BW	Verwaltungsvollstreckungsgesetz für Baden-Württemberg v. 13.3.1974 (GBl. BW S. 93); zuletzt geändert durch Gesetz v. 13.11.2012 (GBl. BW S. 572)
LWaldG BW	Waldgesetz für Baden-Württemberg i. d. F. v. 31.8.1995 (GBl. BW S. 685); zuletzt geändert durch G. v. 3.12.2013 (GBl. BW S. 449)

LWG BW	[Baden-württembergisches] Gesetz über die Landtagswahlen v. 15.4.2005 (GBl. BW S. 384); zuletzt geändert durch Verordnung v. 25.1.2012 (GBl. BW S. 65)
m.	mit
m. w.N.	mit weiteren Nachweisen
max.	maximal
MBI. Nds.	Niedersächsisches Ministerialblatt
MBI. SA	Ministerialblatt für das Land Sachsen-Anhalt
MetropolIG	[Hessisches] Gesetz über die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main v. 8.3.2011 (GVBl. He. I S. 153); zuletzt geändert durch G. v. 13.12.2012 (GVBl. He. I S. 622)
MinBl. RP	Ministerialblatt der Landesregierung von Rheinland-Pfalz
MV	Mecklenburg-Vorpommern
N. Arch. f. Nds.	Neues Archiv für Niedersachsen [Zeitschrift]
n. F.	neue Fassung
NABEG	Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz v. 28.7.2011 (BGBl. I S. 1690); zuletzt geändert durch G. v. 20.12.2012 (BGBl. I S. 2730)
Nachw.	Nachweis/-e
NatSchG BW	[Baden-Württembergisches] Gesetz zum Schutz der Natur, zur Pflege der Landschaft und über die Erholungsvorsorge in der freien Landschaft v. 13.12.2005 (GBl. BW S. 745); zuletzt geändert durch G. v. 3.12.2013 (GBl. BW S. 449)
Nds.	Niedersachsen
NdsVBl.	Niedersächsische Verwaltungsblätter [Zeitschrift]
NKomVG	Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz v. 17.12.2010 (GVBl. Nds. S. 576); zuletzt geändert durch G. v. 16.12.2013 (GVBl. Nds. S. 307)
NKomZG	Niedersächsisches Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit i. d. F. v. 21.12.2011 (GVBl. Nds. S. 493); zuletzt geändert durch G. v. 18.7.2012 (GVBl. Nds. S. 279)
NNVG	Niedersächsisches Nahverkehrsgesetz v. 28.6.1995 (GVBl. Nds. S. 180); zuletzt geändert durch G. v. 28.10.2009 (GVBl. Nds. S. 366)
NordÖR	Zeitschrift für Öffentliches Recht in Norddeutschland
Nr.	Nummer/-n
NROG	Niedersächsisches Raumordnungsgesetz v. 18.7.2012 (GVBl. Nds. S. 252)
NuR	Natur und Recht [Zeitschrift]
NVerbG BW	Viertes [baden-württembergisches] Gesetz zur Verwaltungsreform (Nachbarschaftsverbandsgesetz) v. 9.7.1974 (GBl. BW S. 261); zuletzt geändert durch G. v. 7.2.1994 (GBl. BW S. 92)
NVG RP	[Rheinland-pfälzisches] Landesgesetz über den öffentlichen Personennahverkehr v. 17.11.1995 (GVBl. RP S. 450); zuletzt geändert durch G. v. 1.12.2010 (GVBl. RP S. 426)
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ-RR	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht Rechtsprechungs-Report

NW	Nordrhein-Westfalen
NWVB1.	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter [Zeitschrift]
o.	oben
ÖIR-Mitteilungen	Mitteilungen des Österreichischen Instituts für Raumplanung [Zeitschrift]
ÖPNVG BW	[Baden-württembergisches] Gesetz über die Planung, Organisation und Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs v. 8.6.1995 (GBl. BW S. 417); zuletzt geändert durch Verordnung v. 25.1.2012 (GBl. BW S. 65)
OVG	Oberverwaltungsgericht
PdK	Praxis der Kommunalverwaltung
PlanzV	Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts v. 18.12.1990 (BGBl. I 1991, S. 58); zuletzt geändert durch G. v. 22.7.2011 (BGBl. I S. 1509)
PolG BW	Polizeigesetz [Baden-Württemberg] i.d.F. v. 13.1.1992 (GBl. BW S. 1); zuletzt geändert durch G. v. 23.7.2013 (GBl. BW S. 233)
PostG	Postgesetz v. 22.12.1997 (BGBl. I S. 3294); zuletzt geändert durch G. v. 7.8.2013 (BGBl. I S. 3154)
pr. GS.	preußische Gesetzsammlung
Reg. Bl. W.-B.	Regierungsblatt der Regierung Württemberg-Baden
RegBkPIG	Gesetz zur Regionalplanung und zur Braunkohlen- und Sanierungsplanung [Brandenburg] i.d.F. der Bekanntmachung v. 8.2.2012 (GVBl. Bbg. I Nr. 13)
RGB1. I	Reichsgesetzblatt Teil I
Rn.	Randnummer/-n
ROG	Raumordnungsgesetz v. 22.12.2008 (BGBl. I S. 2986); zuletzt geändert durch G. v. 31.7.2009 (BGBl. I S. 2585)
ROG 1965	Raumordnungsgesetz v. 8.4.1965 (BGBl. I S. 306)
ROG 1989	Raumordnungsgesetz i.d.F. der Bekanntmachung v. 19.7.1989 (BGBl. I S. 1461)
ROG 1998	Raumordnungsgesetz v. 18.8.1997 (BGBl. I S. 2081)
ROG 2009	Raumordnungsgesetz v. 22.12.2008 (BGBl. I S. 2986)
RP	Rheinland-Pfalz
Rs.	Rechtssache
Rspr.	Rechtsprechung
RuR	Raumforschung und Raumordnung [Zeitschrift]
RVRG	[Nordrhein-westfälisches] Gesetz über den Regionalverband Ruhr i.d.F. der Bekanntmachung v. 3.2.2004 (GV. NW S. 96); zuletzt geändert durch G. v. 23.10.2012 (GV. NW S. 474)
s.	siehe
S.	Satz/Sätze/Seite/-n
s.o.	siehe oben
s.u.	siehe unten
SA	Sachsen-Anhalt
Sa.	Sachsen
Saarl.	Saarland
SächsGVBl.	Sächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt

SächsLPIG	Gesetz zur Raumordnung und Landesplanung des Freistaates Sachsen v. 11.6.2010 (SächsGVBl. S. 174); zuletzt geändert durch G. v. 12.7.2013 (SächsGVBl. S. 503)
SächsNatSchG	Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege im Freistaat Sachsen v. 6.6.2013 (SächsGVBl. S. 451)
SächsVBl. SGB V	Sächsische Verwaltungsblätter [Zeitschrift] Sozialgesetzbuch Fünftes Buch – Gesetzliche Krankenversicherung v. 20.12.1988 (BGBl. I S. 2477); zuletzt geändert durch G. v. 22.12.2013 (BGBl. I S. 4382)
Slg. SLPG	Sammlung Saarländisches Landesplanungsgesetz v. 18.11.2010 (Amtsbl. Saarl. I S. 2599)
sog.	sogenannte/-r/-s
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
Staatsanzeiger BW	Staatsanzeiger für Baden-Württemberg
Staatsvertrag Donau-Iller	Staatsvertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg und dem Freistaat Bayern über die Zusammenarbeit bei der Landesentwicklung und über die Regionalplanung in der Region Donau-Iller v. 31.3.1973 (GBl. BW S. 129; GVBl. Bay. S. 305); zuletzt geändert durch Staatsvertrag v. 17./19.1.2011 (GBl. BW S. 98; GVBl. Bay. S. 430)
Staatsvertrag Rhein-Neckar	Staatsvertrag zwischen den Ländern Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz über die Zusammenarbeit bei der Raumordnung und Weiterentwicklung im Rhein-Neckar-Gebiet v. 26.7.2005 (GBl. BW S. 710; GVBl. He. I S. 688; GVBl. RP S. 496)
StadtBauwelt Städte- und Gemeinderat	Beiträge zur Neuordnung von Stadt und Land [Zeitschrift] [Zeitschrift des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen]
Standort	Zeitschrift für angewandte Geographie
StGH BW	Staatsgerichtshof für das Land Baden-Württemberg
StGH Nds.	Niedersächsischer Staatsgerichtshof
str.	streitig
structur	Zeitschrift für Planung, Entwicklung und Umwelt
StrWG NW	Straßen- und Wegegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen i. d. F. der Bekanntmachung v. 23.9.1995 (GV. NW S. 1028); zuletzt geändert durch G. v. 22.12.2011 (GV. NW S. 731)
StuG	Städte- und Gemeindebund [Zeitschrift]
Th.	Thüringen
ThürKO	Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung i. d. F. der Bekanntmachung v. 28.1.2003 (GVBl. Th. S. 41); zuletzt geändert durch G. v. 28.10.2013 (GVBl. Th. S. 293)
ThürLPIG	Thüringer Landesplanungsgesetz v. 11.12.2012 (GVBl. Th. S. 450)
ThürVBl.	Thüringer Verwaltungsblätter [Zeitschrift]
u.	und/unten
U.	Urteil

u. a.	unter anderem
u. U.	unter Umständen
UmWRG	Gesetz über ergänzende Vorschriften zu Rechtsbehelfen in Umweltangelegenheiten nach der EG-Richtlinie 2003/35/EG i. d. F. der Bekanntmachung v. 8.4.2013 (BGBl. I S. 753); zuletzt geändert durch G. v. 7.8.2013 (BGBl. I S. 3154)
UPR	Umwelt- und Planungsrecht [Zeitschrift]
usf.	und so fort
UVPG	Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung i. d. F. der Bekanntmachung v. 24.2.2010 (BGBl. I S. 94); zuletzt geändert durch G. v. 25.7.2013 (BGBl. I S. 2749)
v.	von/vom
v. a.	vor allem
v. d. H.	vor der Höhe
Var.	Variante/-n
VBIBW	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg [Zeitschrift]
Verf. SH	Verfassung des Landes Schleswig-Holstein i. d. F. v. 13.5.2008 (GVObI. SH S. 223); zuletzt geändert durch G. v. 20.2.2013 (GVObI. SH S. 102)
VerfG Bbg.	Verfassungsgericht des Landes Brandenburg
VerfGH NW	Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen
VersG	Gesetz über Versammlungen und Aufzüge i. d. F. der Bekanntmachung v. 15.11.1978 (BGBl. I S. 1789); zuletzt geändert durch G. v. 8.12.2008 (BGBl. I S. 2366)
VerwArch	Verwaltungsarchiv [Zeitschrift]
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
VGH n. F.	Sammlung von Entscheidungen des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs
vgl.	vergleiche
VR	Verwaltungsrundschau [Zeitschrift]
vs.	versus
VVDStRL	Veröffentlichung der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung i. d. F. der Bekanntmachung v. 19.3.1991 (BGBl. I S. 686); zuletzt geändert durch G. v. 10.10.2013 (BGBl. I S. 3786)
VwORG RP	Verwaltungsorganisationsreformgesetz v. 12.10.1999 (GVBl. RP S. 325); zuletzt geändert durch G. v. 5.10.2007 (GVBl. RP S. 193)
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz i. d. F. der Bekanntmachung v. 23.1.2003 (BGBl. I S. 102); zuletzt geändert durch G. v. 25.7.2013 (BGBl. I S. 2749)
VwVfG Bbg.	Verwaltungsverfahrensgesetz für das Land Brandenburg v. 7.7.2009 (GVBl. Bbg. S. 262)
WaStrG	Bundeswasserstraßengesetz i. d. F. der Bekanntmachung v. 23.5.2007 (BGBl. I S. 962); zuletzt geändert durch G. v. 7.8.2013 (BGBl. I S. 3154)

WHG	Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts v. 31.7.2009 (BGBl. I S. 2585); zuletzt geändert durch G. v. 7.8.2013 (BGBl. I S. 3154)
Wirtschaft im Wandel	[Zeitschrift des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle]
Wirtschaft in Südbaden	[Mitteilungsblatt der Industrie- und Handelskammern Baden-Baden, Freiburg, Hochrhein und Konstanz]
WiVerw	Wirtschaft und Verwaltung [Zeitschrift als Beilage zum Gewerbe-archiv]
z. B.	zum Beispiel
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZfBR	Zeitschrift für deutsches und internationales Bau- und Vergabe-recht
ZfWG	Zeitschrift für Wett- und Glücksspielrecht
ZG	Zeitschrift für Gesetzgebung
zit.	zitiert
ZLW	Zeitschrift für Luft- und Weltraumrecht
ZNER	Zeitschrift für Neues Energierecht
ZUR	Zeitschrift für Umweltrecht

1. Teil

Einleitung

Welche Aufgaben die Regionalplanung erfüllt, wer als Träger der Regionalplanung für diese Aufgaben zuständig ist und zu welcher Planungsregion der eigene Wohnort gehört, dürfte den meisten Bundesbürgern unbekannt sein. Das verwundert, denn „der Regionalplan gibt die Richtung vor, in die sich der Ballungsraum [Stuttgart] in den nächsten zehn Jahren entwickeln wird“.¹ So legt die Regionalplanung mit fest, dass ein IKEA-Möbelmarkt nur in größeren Städten errichtet werden darf² und sich die Siedlungsentwicklung in von ihr ausgewählten Gemeinden auf die Eigenentwicklung beschränken muss.³ Die Regionalplanung bestimmt im Bodenseeuferplan⁴ darüber, wo Wohnbebauung am Bodenseeufer unzulässig ist und das Ufer damit der Allgemeinheit zugänglich bleibt. Dennoch wird die Regionalplanung – wie die Raumordnung insgesamt – als vermeintlich verwaltungsinterne „Planung der Planung“⁵ von der breiten Öffentlichkeit kaum beachtet.⁶

¹ So treffend zum Regionalplan des Verbands Region Stuttgart *Durchdenwald*, Stuttgarter Zeitung Nr. 137 v. 18.6.2009, S. 21.

² Vgl. zur unzulässigen Ansiedlung eines Möbel-Einrichtungshauses von IKEA im baden-württembergischen Mittelzentrum Rastatt (ca. 45000 Einwohner) BVerwGE 138, 301 ff. mit den Vorinstanzen VG Karlsruhe, VBIBW 2008, 392 ff. und VGH Mannheim, VBIBW 2010, 357 ff. sowie erneut VGH Mannheim, BauR 2013, 425 ff.; ähnlich BVerwGE 141, 144 ff. zur Einzelhandelssteuerung durch den Regionalplan des Regionalverbands Heilbronn-Franken.

³ Vgl. z. B. die Auflistung solcher (meist kleineren) Gemeinden im Ziel 2.4.2 des Regionalplans des Verbands Region Stuttgart v. 22.7.2012 (abrufbar unter: http://www.region-stuttgart.org/fileadmin/regionstuttgart/04_Informationen_und_Download/04_01_Veroeffentlichungen/04_04_02_Berichte/regionalplan_2009_text.pdf, letzter Abruf: 2.2.2014).

⁴ Die im Jahr 1984 genehmigten Bodenseeuferpläne sind Teilregionalpläne (vgl. § 7 Abs. 1 S. 2 ROG) der baden-württembergischen Regionalverbände Hoahrhein-Bodensee und Bodensee-Oberschwaben (abrufbar unter: http://www.hochrhein-bodensee.de/fileadmin/user_upload/Downloads/Bodenseeuferplan1984_HB_10MB.pdf und http://www.bodensee-oberschwaben.de/upload/bodenseeuferplan_1984__Text__mq__501.pdf, letzte Abrufe: 2.2.2014).

⁵ *Runkel*, DVBl. 1997, 275 (277); *ders.*, NuR 1998, 449 (452); *ders.*, in: Bielenberg/Runkel/Spannowsky, Raumordnungs- und Landesplanungsrecht, L § 4 (Bearbeitung 2011) Rn. 242; *Spannowsky*, a. a. O., K § 7 (Bearbeitung 2005) Rn. 115; *Dallhammer*, in: Dyong u. a. (Hrsg.), Raumordnung, § 7 ROG 1998 (Bearbeitung 2003) Rn. 114; vgl. auch BVerwGE 115, 17 (21): Bauleitpläne als „konkretisierender Zwischenschritt“; BVerwGE 118, 33 (44): „Rahmencharakter der Raumordnung“; *Einig*, DÖV 2011, 185 (190): „Regulierung anderer Regulierungsvorgänge“; *Wahl*, in: FS Sellner, S. 155 (156): „Planung von Planungen und Programmierung von flächenbezogener Verwaltungstätigkeit“; *Kment*, BauR 2012, 1867 (1867): „Transitplanung“.

⁶ *Wahl*, in: FS Sellner, S. 155 (155 ff.); vgl. auch *Dörr/Yamato*, in: Ehlers/Fehling/Pünder (Hrsg.), Bes. Verwaltungsrecht, § 38 Rn. 1.

In der Rechtswissenschaft hat sich die Wahrnehmung spätestens⁷ mit der Föderalismusreform I des Jahres 2006⁸ geändert. Sie löste eine lebhafte Diskussion über die Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen für die Raumordnung und damit auch für die Regionalplanung aus.⁹ Anlass dafür war die Überführung der „Raumordnung“ von der Rahmengesetzgebungskompetenz des Bundes (Art. 75 Abs. 1 S. 1 Nr. 4 Var. 2 GG a. F.) in eine konkurrierende Gesetzgebungskompetenz des Bundes (Art. 74 Abs. 1 Nr. 31 GG) mit einer neuartigen Abweichungsmöglichkeit der Länder (Art. 72 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 GG). Durch diese Föderalismusreform I ist die Raumordnung zu einem Referenzgebiet im neuen bundesstaatlichen Kompetenzgefüge geworden und steht seitdem im Fokus verfassungsrechtlicher und verwaltungsrechtlicher Diskussion über die Auswirkungen dieser Reform. Deren Auswirkungen auf das Raumplanungsrecht in Bund und Ländern zeigen sich selbst acht Jahre nach der Reform erst allmählich. Die vorliegende Arbeit soll damit für die Raumplanung – anhand der Regionalplanung im Bundesstaat und insbesondere anhand ihrer Träger der Regionalplanung – einen konkreten Beitrag leisten. Eine solche Untersuchung der Raumordnung drängt sich noch mehr auf, seit der Bund mit dem neuen Raumordnungsgesetz (ROG 2009)¹⁰ zum ersten Mal überhaupt ein Bundesgesetz mit Abweichungsmöglichkeit der Länder erlassen hat. Am Beispiel des ROG 2009 und der Reaktionen der Länder lassen sich somit die praktischen Auswirkungen der Föderalismusreform I beobachten.

Innerhalb der Raumordnung wird hier die Regionalplanung als Untersuchungsgegenstand gewählt. Denn in der Planungshierarchie der Raumplanungen ist sie die koordinierende Planungsebene zwischen der landesweiten Raumordnungsplanung und der Bauleitplanung, bei der die staatlichen und kommunalen Planungsvorstellungen zusammentreffen. Da die Ebene der Region dem Verwaltungsaufbau der Länder fremd ist, ist die Regionalplanung traditionell durch ihre äußerst variantenreichen Organisationsformen geprägt. In der Wissenschaft wird die grundsätzliche Existenzberechtigung der Regionalplanung neben der landesweiten Raumordnungsplanung nur noch vereinzelt bestritten.¹¹ Verfechter der Re-

⁷ Allgemein zum Bedeutungszuwachs der Raumordnung z. B. *Hendler*, LKRZ 2007, 1 (7); *Lieber*, NuR 2008, 597 (597); *Appel*, UPR 2011, 161 (161); *Paetow*, in: FS Wahl, S. 511 (526); *ders.*, in: Kolloquium Hoppe, S. 179 (192); *Füßer*, SächsVBl. 2013, 1 (1 f.).

⁸ Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes v. 28.8.2006 (BGBl. I S. 2034).

⁹ Vgl. z. B. *Hoppe*, DVBl. 2007, 144 ff.; *Battis/Kersten*, DVBl. 2007, 152 ff.; *Spannowsky*, ZiBR 2007, 221 ff.; *Durner*, in: Erbuth (Hrsg.), Neues Städtebau- und Raumordnungsrecht, S. 29 (39 ff.); *ders.*, DVBl. 2008, 69 (74 ff.); *Ritter*, RuR 2006, 418 ff.; *Kment*, NuR 2006, 217 ff.; *Erbuth*, in: *ders.* (Hrsg.), Neues Städtebau- und Raumordnungsrecht, S. 13 (25 ff.); *ders.*, in: FS Rengeling, S. 35 (46 ff.); *Schmitz/Müller*, RuR 2007, 456 (459 ff.); *Runkel*, in: Bienenberg/Runkel/Spannowsky, Raumordnungs- und Landesplanungsrechts, J 690 (Bearbeitung 2007) S. 10 ff.; *Meyer*, Föderalismusreform, S. 177 ff.; *Kotulla*, NVwZ 2007, 489 (494 f.).

¹⁰ Artikel I des Gesetzes zur Neufassung des Raumordnungsgesetzes und zur Änderung anderer Vorschriften (GeROG) v. 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2986).

¹¹ So von *Müller*, RuR 2008, 360 (364): „überflüssig“.

gionalplanung¹² betonen vielmehr deren Bedeutungszuwachs. Eine „Renaissance des Regionalen“¹³ eröffne der Regionalplanung neue Einsatzfelder, z. B. bei der Einzelhandelssteuerung,¹⁴ bei der Verminderung des Flächenverbrauchs¹⁵ oder beim Ausbau der erneuerbaren Energien.¹⁶ Trotzdem wird im Bundesgebiet höchst unterschiedlich beurteilt, wie die ideale (Planungs-)Region abzugrenzen ist, wer für die Regionalplanung zuständig ist und welche Rolle die Regionalplanung im Einzelnen spielen soll. So war etwa in Baden-Württemberg umstritten, ob und wie die Regionalplanung geeignet ist, den politisch gewollten Ausbau der Windkraftanlagen wirksam planerisch zu steuern.¹⁷

Der Bundesgesetzgeber hat sich im Jahr 2008 eindeutig für die Existenzberechtigung der Regionalplanung entschieden: Nach § 8 Abs. 1 S. 1 Nr. 2, S. 3 ROG 2009 sind im ganzen Bundesgebiet mit Ausnahme der drei Stadtstaaten und des Saarlands Regionalpläne aufzustellen. Auf dieser bundesrechtlichen Planungspflicht baut diese Arbeit auf. Sie zielt darauf, die eingangs aufgeworfenen Fragen zu Aufgaben, Trägerschaft und Planungsregionen der Regionalplanung für den gesamten Bundesstaat und vertieft für Baden-Württemberg zu beantworten. Dabei ist die Rechtsstellung der Träger der Regionalplanung im Raumplanungsrecht seit der Föderalismusreform I und dem Inkrafttreten des ROG 2009 zu erforschen. Insbesondere ist zu klären, weshalb die richtige Antwort auf die Frage nach dem „Wer“ der Regionalplanung im Bundesgebiet seit der Föderalismusreform I und dem ROG 2009 sehr uneinheitlich ausfallen kann und aufgrund der Organisations-

¹² Vgl. nur *Fürst/Peithmann*, RuR 1999, 377 (377); *Hager*, in: ARL (Hrsg.), Regionalplanung BW, S. 81 (83); *Knemeyer*, in: FS Bartlsperger, S. 339 (351); *Schink*, in: Jarass (Hrsg.), Zur Zukunft der Landesplanung, S. 85 (99); *Wickel*, DÖV 2001, 837 (841); *Spannowsky*, UPR 2007, 41 (48).

¹³ *Hager*, VBIBW 2005, 161 (161); vgl. auch *Fürst/Peithmann*, RuR 1999, 377 (377); *Fürst*, in: *ders./Lüb/Rudolph/Zimmermann* (Hrsg.), Steuerung, S. 17 (17); *ders.*, in: ARL (Hrsg.), Grundriss Raumordnung und Raumentwicklung, S. 56; *Ritter*, in: Jarass (Hrsg.), Weiterentwicklung, S. 22 (32); *Blotevogel/Schulze*, RuR 2010, 255 (256); *Kiepe*, in: FS Stüer, S. 525 (525).

¹⁴ Vgl. z. B. *Sparwasser*, VBIBW 2008, 171 ff.; *Uechtritz*, NVwZ 2007, 1337 ff.; *ders.*, in: Kolloquium Hoppe, S. 57 ff.; *ders.*, in: Steger/Bunzel (Hrsg.), Raumordnungsplanung quo vadis, S. 103 ff.; *Blotevogel*, a. a. O., S. 11 (28 ff.).

¹⁵ Vgl. z. B. *Spannowsky*, in: Bielenberg/Runkel/Spannowsky, Raumordnungs- und Landesplanungsrecht, K § 9 (Bearbeitung 2008) Rn. 4; *Köck/Bovet*, in: Bizer/Einig/Köck/Siedentop (Hrsg.), Raumordnungsinstrumente, S. 49 (57 ff.); *Blotevogel*, in: Steger/Bunzel (Hrsg.), Raumordnungsplanung quo vadis, S. 11 (25 ff.); *Runkel*, a. a. O., S. 84 ff.; empirisch dazu *Siedentop*, a. a. O., S. 63 ff.

¹⁶ Vgl. z. B. allgemein *Köck*, DVBl. 2012, 3 ff. = *ders.*, in: Jarass (Hrsg.), Erneuerbare Energien, S. 47 ff.; *Blotevogel*, in: Steger/Bunzel (Hrsg.), Raumordnungsplanung quo vadis, S. 11 (25 ff.); *Vallée*, in: *ders.* (Hrsg.), Strategische Regionalplanung, S. 2 (9 f.); *Groß/Jung*, fub 2013, 106 ff.; zu Windkraftanlagen *Wahl*, in: FS Sellner, S. 155 (163); *Spannowsky*, ZfBR-Sonderausgabe 2012, 53 ff.; zu Biomasse-Anlagen *Beckmann*, in: Jarass (Hrsg.), Erneuerbare Energien, S. 114 ff.; *Ludwig*, DVBl. 2010, 944 ff.

¹⁷ Vgl. das Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes v. 22.5.2012 (GVBl. BW S. 285), mit dem die Standortausweisung für Windkraftanlagen weitgehend auf die Bauleitplanung übertragen wurde, und u. S. 338 f., 343 ff.